



Viele der wohlhabenden Pensionisten empfinden sich als „glückliche Jahrgänge“ und hätten laut OGM-Studie kein



Problem, Solidarität zu üben

PRO

Fair und gerecht

Solidarbeitrag reicher Rentner: Das spricht dafür.

1. Gegner einer Solidarabgabe argumentieren, man dürfe die Pensionisten nicht „verunsichern“. Mit dieser populistischen Abwehrformel wird suggeriert, es gehe hier um das Heer der Durchschnittspensionen. Eine Irreführung: Es geht um jene, die über der Angestellten-Höchstpension (2300 Euro) liegen. Kein pensionierter Sektionschef, Schulleiter oder Bankmanager wäre durch eine maßvolle Solidarabgabe existenziell „verunsichert“.

2. Ein Beitrag wäre kein klassenkämpferischer Raubzug, sondern ein Gebot der Fairness gegenüber der nachkommenden Generation, die jetzt deren Ruhegüsse finanziert und

von ähnlichen Altersbezügen nur träumen kann.

3. Ein Solidarbeitrag ist auch versicherungsmathematisch legitimiert: Die hohen Ruhebezüge sind durch die eingezahlten Beiträge nicht gedeckt. **4.** Die ÖVP fürchtet die Stimmenmacht der zwei Millionen Pensionisten und tabuisiert aus diesem Grund das Thema. Die Angst ist grundlos: Laut OGM-Studie befürwortet die Mehrheit eine Solidarabgabe. Selbst unter den Pensionisten gibt es eine solide Akzeptanz. Man braucht also diese Menschen nicht anbiedernd vor sich selbst in Schutz zu nehmen. Ihr Gerechtigkeitssinn ist intakt.

5. Das Argument, eine Solidarabgabe wäre ein Schlag

WER DAFÜR & DAGEGEN IST

Die Befürworter: Der Sozialforscher Bernd Marin und sein deutscher Kollege Rürup, Alfred Gusenbauer, die Grünen und in der ÖVP die Jungmandatarin Sylvia Fuhrmann, der Tiroler Landeshauptmann Van Staa und der steirische ÖAAB-Obmann Schützenhöfer.

Die Gegner: Die Spitze der Bundes-ÖVP (eisern) sowie FP-Chef Haupt (schwankend).

gegen die Trümmergeneration, geht ins Leere: Die meisten haben in den 60ern (als Akademiker) zu arbeiten begonnen, ihre Biografien wuchsen nicht mehr auf den Trümmern des Jahres '45. Wahr ist: Sie durften früher in Pension gehen als jede Generation nach ihnen und können Pensionen, deren Höhe unerreicht bleiben wird, länger in Anspruch nehmen als alle Generationen vor ihnen. So viel Fortüne darf was kosten.

KONTRA

Die „sichern“ schon genug

Was gegen eine Steuer für Top-Rentner spricht.

1. Einen „Pensionssicherungsbeitrag“ gibt es schon für eine Reihe von Berufsgruppen, aus denen sich die „Superrentner“ vor allem rekrutieren. Politpensionisten zahlen bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage acht Prozent, für darüber liegende Bezugssteile 15 Prozent. Für Bundesbeamte und Eisenbahner beträgt die Sonderabgabe 3,3 Prozent, ein analoger Beitrag wird nun per Gesetz für die Zusatzpensionen der Sozialversicherungsträger abverlangt. Ob eine massive Erhöhung und eine Ausweitung auf privatrechtliche Firmenpensionen vor dem Verfassungsgerichtshof halten würde, scheint fraglich.

2. Mancher, etwa bei einer Beamtenlaufbahn, mag die

Durststrecke niedrigerer Anfangsbezüge wegen der Aussicht auf eine gute Pension gewählt haben. Eine Sondersteuer stellt diese Lebensplanung rückwirkend und unkorrigierbar in Frage.

3. Verteilungsgerechtigkeit kann man nicht nur auf den Gegensatz junge Beitragszahler – alte Rentner zuspitzen. Es gibt eine Art gegenläufiges Umlageverfahren: Breit wie kaum wird angesammeltes Vermögen in Form von Spargbüchern, Wohnungen oder Häuschen vererbt und bringt Zusatzeinkommen oder erspart Ausgaben. Finanziert aus Steuern der Alten, haben die Jungen in der Regel eine bessere Ausbildung und damit höhere Einkommenserwartungen.

Kampf Alt gegen Jung: „Wir sind mitten drin“

Die Alterung der Gesellschaft wird den Konflikt zwischen den Generationen verschärfen. Der Streit um die Pensionistensteuer gibt einen Vorgeschmack.

THEMA-TEAM: HUBERT
PATTERER, ULRICH STOCKER

Die Verteilung der Lasten zwischen Jung und Alt gerät in eine explosive Schieflage und wird den „Krieg der Generationen“ befeuern. Diese Prognose stellt der Sozialforscher Bernd Marin. Hintergrund seines Befundes bildet die demografische Zeitbombe. Die Gesellschaft altert dramatisch, unterspült die Fundamente des Sozialstaates und macht den Generationenvertrag für die Jungen unannehmbar. „Während eine Generation für ihre Beiträge nach wie vor noch

KLEINE ZEITUNG-FORUM

Sollen Top-Pensionisten einen Solidarbeitrag leisten? Fair oder unverfroren? Schreiben Sie uns Ihre Meinung! E-Mail: redaktion@kleinezeitung.at

littisch geschützt wird, müssen künftige Generationen der heute Unter-35-Jährigen froh sein, wenn sie ihre Beiträge überhaupt noch herausbekommen“, so Marin zur *Kleinen Zeitung*. Juristisch betrachtet sei dies eine „Verkürzung um die Hälfte“. Im Privatrecht sei ein solcher Vertrag nichtig. Die Jungen könnten jedoch „nur zum Salzamt gehen,

weil der Generationenvertrag nicht einklagbar“ ist. Viele seien erst im Aufwuchstadium, aber „dann wird die Hölle los sein“.

Zusätzlicher Sprengstoff sei die auf 30 Jahre festgeschriebene Verlustbegrenzung für die über 35-Jährigen. Marin: „In wenigen Jahren werden so gut wie alle künftigen Pensionisten unter diese Deckelung fallen. Das heißt, dass wir 30 Jahre lang die alten Schief lagen fortschreiben und den Jungen, die nach 2033 in Pension gehen, die Rechnung überreichen. Das ist nichts anderes als eine implizite Besteuerung der Jungen. Die werden toben.“

Mit ihren Beiträgen sollen sie im Erwerbsalter das Heer der Pensionisten finanzieren – der programmierte Kollaps. Die Alterspyramide wird in 20 Jahren auf dem Kopf stehen. Laut Statistik Austria wird in Österreich ab dem Jahr 2015 jeder Vierte über 60 Jahre alt sein, um 2035 bereits jeder Dritte. Gleichzeitig wird der Anteil der Unter-15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung um zwanzig Prozent sinken.

Vor dem Hintergrund dieser demografischen Revolution erhoben Experten wie Marin und Rürup, aber auch Jungfunktionäre der ÖVP die Forderung, in den „Bestand“ einzugreifen und einen Solidarbeitrag gut verdienender Pensionisten einzuführen. Die VP-Senioren wiesen das Ansinnen als „unverfroren“ zurück. Für Marin ein Zeichen, dass „der Kampf der Generationen längst begonnen hat“. Eine ungünstige Radikalisierung erfährt die Debatte in Deutschland. Dort forderte der Chef der Jungen Union allen Ernstes, Menschen über 85 keine künstliche Hüfte mehr zu finanzieren.

WER BETROFFEN WÄRE

Rund 175.000 Österreicher liegen über der ASVG-Höchstpension. Das sind 8,5 Prozent aller Pensionsbezieher. Auf sie – vorwiegend Politiker und Beamte – entfällt ein Viertel des gesamten Pensionsaufwands.

Ihre Durchschnittspension liegt um 2300 Euro monatlich über dem aller Pensionisten (800 Euro). Ein Solidarbeitrag würde pro Jahr 220 Mio. Euro bringen.

4. Ein Kernproblem ist, dass die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme fast ausschließlich am Arbeitseinkommen hängt. Neben der Verteilungsgerechtigkeit wäre auch die Aufbringungsgerechtigkeit zu diskutieren. Einkommen aus Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung unterliegen zwar der Steuer, aber keinen Beiträgen – ein weites Feld für Problemstellungen und -lösungen.